

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Best- und Versammlungsinferate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinferate werden nicht angenommen. Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Sandmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wismarhauser Straße 38—42, Telefon-Nr. 98 u. 89, Telegr.-Adr.: K.V.B. Bochum.

Was ihr sollt.

Ihr sollt zu einem Ziele streben:
Zum festen, starken Arbeitsbund!
Ihr sollt die Hand einander geben
Und Kämpfer sein mit Herz und Mund.

Ihr sollt nur eigener Kraft vertrauen,
Verachten, was euch schwächt und trennt.
Wollt ihr am großen Werke bauen,
Baut erst ein festes Fundament.

Ihr sollt die schlimme Zwietracht meiden,
Denn sie zerfesselt eure Kraft;
Sonst müßt ihr selbstverschuldet leiden
In eigener Gefangenschaft.

Ihr sollt auch euer Wissen mehren
Und leuchten jedem Kind der Nacht.
Ihr sollt genügen, nicht entbehren,
Wollt ihr euer Leben nicht verachten.

Ihr sollt den Blick ins Leben richten,
Wer sich verschließt, wird feilsch blind.
Das Dasein kann nur beim Licht stehen,
Der über seine Lage sinnt.

Ihr sollt euch ganz dem Ganzen weihen
Und gären wie der junge Wein,
Denn um die Arbeit zu befreien,
Müßt ihr erst freie Menschen sein!

Bochum. Viktor Katinowski.

19673 neue Mitstreiter

Hat unser Verband im ersten Halbjahr 1917 gewonnen. Aufgenommen wurden im ersten Vierteljahr 8126, im zweiten Vierteljahr 13 376, zusammen 21 502. Durch Einkerkerung, Tod und Austritt schieden aus 1820, so daß ein reiner Zuwachs bleibt von 19 673. Das ist ein gutes Ergebnis. Und wenn das zweite Halbjahr hält, was sein Anfang verspricht, dann wird unser Verband am Jahresabschluss mindestens 40 000 neue Mitstreiter zählen. Das ist ein großes Ziel! Wer wollte da zurückbleiben?

Dieses Ziel ist auch nur zu erreichen durch planmäßiges, zusammenfassendes Einsetzen aller Kräfte, da darf keiner zurückbleiben. Unsere statistische Uebersicht zeigt, daß es daran an manchen Stellen noch sehr mangelt. Einzelne Bezirke oder Zahlstellen zeigen gute oder zufriedenstellende, andere aber nur unbefriedigende oder keine Fortschritte. Das liegt nicht so sehr an der Verschiedenheit der Verhältnisse, denn unmittelbar nebeneinanderliegende Bezirke und Zahlstellen zeigen gute und unbefriedigende Ergebnisse, sondern an der planmäßigen Einteilung und Durchführung der Werbearbeit. Wo planmäßig gearbeitet wird, haben wir gute, wo das nicht geschieht, geringe oder keine Fortschritte zu verzeichnen.

Das muß anders werden. Die Bezirke und Zahlstellen, die bisher schon planmäßig und tüchtig gearbeitet und gute Fortschritte zu verzeichnen haben, können fordern, daß die anderen nicht zurückbleiben. Es geht nicht an, daß ein Teil arbeitet, der andere aber nicht. Wir wollen diesmal noch davon absehen, einzelne Bezirke und Zahlstellen zu nennen, wo es an planmäßiger Arbeit fehlt. Wenn es aber nicht besser wird, sind wir dazu gezwungen.

Viele Wenig machen ein Viel, vereinte Kräfte führen zum Ziel. Das muß die Lösung sein! Nur Einigkeit und Brudertum führen uns zum Ziele hin. Wer dem entgegenarbeitet, oder gar abseits der Organisation steht, ist ein Schädling und muß auch als solcher behandelt werden. Niemand darf glauben, daß es auf ihn nicht ankommt. Jeder muß seine Kraft in den Dienst des Verbandes stellen, umso besser wird das Werk gelingen. Einer für alle und alle für einen!

Was ihr nicht sollt.

Ihr sollt nicht dummpfen, sollt nicht schlafen!
Berstet ihr nicht den Geist der Zeit?
Noch immer meidet ihr den Haken,
In dem ihr sturmgeborgen seid!

Ihr sollt nicht müßig abseits stehen,
Wo in der Front die Brüder stehen!
Ihr sollt nicht ziellos einzeln gehen,
Geschlossen müßt ihr vorwärts gehn!

Ihr sollt nicht wie Schafale schleichen
Und buhlen um die Herrergunst;
Bereimt ihr etwas zu erreichen,
Dann ist es doch nur eitel Dumm.

Ihr sollt euch nicht in Demut buken,
Seid aufrecht, immer kampfbereit!
Es buken sich nur Mameluden
In häßlicher Ergebntheit.

Laßt euch von niemand unterdrücken,
Verkauft euch nicht für schnödes Geld!
Ihr könnt die Frucht der Arbeit pflücken,
Wenn ihr getreu zusammenhätt!

Seid nicht dem Fortschritt der Proleten
Und dem Verband ein Bleigewicht!
Laßt euer Menschentum nicht treten,
Denn gar der Wurm krümmt sich und sticht!

Bochum. Viktor Katinowski.

Eine Massenversammlung.

Der große Stadtgartenaal in Essen konnte am Sonntag, den 5. h. Mts., die Bergarbeitermassen, welche dorthin zu der von unserer Ortsverwaltung einberufenen Versammlung strömten, beinahe nicht fassen. In dem riesigen Saal und seinen Seitengängen drängten sich bald 5000 Bergleute, mehrere Tausend konnten wegen Ueberfüllung der Räume keinen Einlaß mehr finden. Mit 8000 ist die Gesamtzahl der Herbeigeströmten sicher nicht zu hoch anzugeben. Nur in den großen Streikbewegungen der Jahre 1889, 1905 und 1912 hat Essen solche Massenversammlungen von Bergarbeitern erlebt.

Der Zweck der Versammlung war, Stellung zu nehmen zu den Fragen der Kohlenförderung, Ernährung und Entlohnung. Eingeladen und erschienen waren auch Vertreter der Essener Stadtverwaltung und des Landratsamtes. Kamerad Hue referierte. Er sprach eingehend die Einwirkung der langen Kriegsdauer auf Kohlenbedarf und Kohlenförderung, auf die Betriebszustände, die Ernährung, die Nahrungsmittelpreise und die damit im engen Zusammenhang stehende Entlohnung der Bergleute. Hue forderte von den Werkseignern die Aufgabe ihres Herrenstandpunktes, der die Arbeiter verbittert, die Kohlenförderung nicht begünstigt. Die Bergarbeiter erkannten den Ernst der Situation vollständig, seien stets bereit, ihre Pflicht gegenüber dem von einer großen feindseligen Uebermacht noch immer bedrohten Vaterland zu tun. Sie verlangten hierfür aber auch, als vollwertige Staatsbürger, nicht als sklavischer Arbeiter behandelt zu werden. Die Arbeiter wollten von den Kriegstreibern nichts wissen, seien für den Verständigungsfrieden und erwarteten, daß, sobald der Kriegszustand zu Ende sei, der heute sehr im Argen liegende Menschenschuh gründlich durchgeföhrt würde. Hedner sprach sehr eingehend die schlechte Nahrungslieferung, die schändliche Auswucherung des Volkes durch die Preistreiber, er forderte unbedingt eine Verhütung des Kartoffelgeldes, wie wir es durchmachen mußten, und wies an Preis- und Lohnvergleichen nach, daß die Löhne der großen Arbeitermassen zweifellos einer erheblichen Aufbesserung bedürften. Das würden auch die Werkseignern annehmen müssen; sie selbst hätten ja im März d. J. die Regierung sogar um Erhöhung der Kartoffel- und Getreidepreise ersucht. Wer das tue müßte auch für genügende Löhne eintreten. Wäre die Bergarbeiterschaft so geschlossen organisiert wie die Werkseignern, dann stände sehr vieles besser im Arbeitsverhältnis. Das Referat wurde mit stürmlichem Beifall aufgenommen.

Als Vertreter der Essener Stadtverwaltung erklärte Herr Beigeordneter Rath, daß sie sich die größte Mühe gegeben habe und weiter gebe, um die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und zu erschwinglichen Preisen zu versorgen. Die Notwendigkeit unseres Außenhandels habe unsere Nahrungsmittelmenge verfürzt, eine Einschränkung sei deshalb notwendig. Der Referent habe in gerechter Weise die tatsächlichen Verhältnisse und Gemütsverhältnisse der einzelnen Behörden erhalten ihre Anweisungen und Lieferungsgebiete, aber die Lieferungen kämen unregelmäßig, oft ungenügend, und gegen die Preistreiber seien die Behörden machtlos, denn jeder Verkäufer und jeder Händler trachte nach dem höchsten Preis! Setze die Stadtverwaltung niedrigere Höchstpreise an, dann bliebe der Markt leer, sie müßte also zahlen, sonst bekäme die Bevölkerung noch viel weniger. Eine Konkurrenz mit der Reichszentrale für Gemüse und Obst habe nun schärfste Maßregeln gegen Wucherer, Schleichhandel und unregelmäßige Lieferungen beschlossen. Das werde wohl helfen. Für die Einkufelung von Kartoffeln solle georgt werden. Die Höhe hänge von dem Ernteausfall ab, der bisher gute Aussichten biete.

Herr Landrat Dr. Brand führte im weitestlichen daselbe wie sein Vorredner aus. Auch der Landkreisdirektor kritisierte scharf die vaterlandsfeindlichen Preistreiber auf dem Lebens-

mittelmärkte. Er versprach, sein Möglichstes zu tun, um die berechtigten Beschwerden der Bevölkerung abzustellen. Dazu müßte auch das laufende Publikum durch Anzeige von Gefekwidrigkeiten helfen. Die Leistungen der Bergarbeiterschaft verdienten volle Anerkennung, und er habe die Ueberzeugung, daß die Bergleute auch ferner ihre Pflicht tun würden im Interesse des Vaterlandes. — Auch diesen beiden Rednern lohnte lebhafter Beifall.

In der Diskussion sprach zunächst der Bezirksleiter des christlichen Gewerksvereins, Friedrich Walter. Seine Ausführungen unterstrichen die Darlegungen des Referenten nachdrücklich. Walter hob speziell hervor, daß es eine schreiende Ungerechtigkeit sei, den Bergarbeitern soziales Faulheit und Mangel an vaterländischem Pflichtgefühl nachzulagen, wie das verstedt oder offen von diversen Werkseignern geübt sei. Die Werkseignern sollten lieber mit den Arbeiterorganisationen verhandeln, statt immer noch den schroffen Herrenstandpunkt einzunehmen. Daraus schaffe man nur größere Erbitterung. Die Erhöhung der Löhne sei absolut notwendig. — Die weiteren Diskussionsredner, alles noch in Grubenarbeit stehende Kameraden, schilderten in scharfen Worten, häufig unterbrochen von dem stürmischen Beifall der Massenversammlung, die mangelnde Behandlung der Bergarbeiter und ihrer Organisationsvertreter. Die Kameraden wiesen an einigen Beispielen eine schlechte Bezahlung der Kameradschaften für schwere Arbeit nach. Durch die unzulängliche Ernährung, die auch wegen der unaufrichtigen Löhne nicht aufgebessert werden könne, leide die Leistungsfähigkeit der Belegschaften. Unfälle und Krankheiten nähmen zu wegen des fehlenden Arbeiterchutzes. Hier müßten so schnell wie möglich Reformen eintreten, sonst sei das Schlimmste zu befürchten. Alle Kameraden erkannten die Notwendigkeit, die Kohlenförderung zu erhalten, an, verlangten aber unbedingt eine anständige Behandlung, ausreichende Entlohnung und bessere Ernährung. Der diesen Rednern geollte, sich immer wiederholende, stürmische Beifall zeigte recht deutlich, welche Stimmung die Bergarbeiter befielt.

Von der Versammlungsleitung wurde folgende Resolution vorgelesen und von der Versammlung einstimmig angenommen:

„Die von vielen Tausenden Bergleuten besuchte Versammlung erklärt, daß sie die Notwendigkeit, die Kohlenförderung möglichst zu erhöhen, rückhaltlos anerkennt und bereit ist, in diesem Sinne zu arbeiten. Die Versammlung erklärt ferner, daß die Differenzen zwischen den einzelnen Belegschaften und den Werkseignern ohne jede Betriebsstörung geschlichtet werden können, wenn alle Werkseignern in loyaler Weise mit den Arbeiterauschüssen und den Vertretern der gewerkschaftlichen Bergarbeiterverbände verhandeln, hat sich immer noch auf den schroffen Herrenstandpunkt zu stellen. Dieser Herrenstandpunkt schafft immer neue Erbitterung in der Arbeiterschaft und beschärft die natürlichen Interessengegenstände bis zur Unverträglichkeit. Die wichtigste Voraussetzung für die Erhöhung der Förderung ist eine bessere Ernährung der Arbeiter. Die bezehrigte Erwartung der Belegschaften, nach den außerordentlich harten Entlohnungen in den letzten Winter- und Frühjahrsmonaten wenigstens durch ausreichende Kartoffel- und Gemüselieferungen besser gestellt zu werden, hat sich nicht erfüllt. Die Lieferungen sind nicht nur durchaus ungenügend, sondern die Preise stehen auf einer Höhe, die es der Mehrzahl der Arbeiterfamilien unmöglich macht, ihren Bedarf ausreichend einzulaufen. Die Ausbungerung der arbeitenden Bevölkerung schreit zum Himmel. Wird hier behördlicherseits keine durchgreifende Abhilfe geschaffen, dann sieht es schlimm aus mit der Lebensfähigkeit der Arbeiterschaft. Damit nicht wieder das Nahrungselend der langen Winter- und Frühjahrsmonate eintreift, muß die Behörde unter allen Umständen für die rechtzeitige und ausreichende Kartoffelentlohnung sorgen.“

Als Mindestmaß müssen pro Woche und Kopf 10 Pfund Kartoffeln eingeliefert werden können. Da die Lebensmittelpreise abermals erheblich gestiegen sind und weiter mit sehr hohen Kartoffel-, Gemüse- und Fleischpreisen gerechnet werden muß, ist eine erhebliche allgemeine Erhöhung der Gebinde und der Schichtlöhne unbedingt notwendig. Mit nur ein paar Groschen Lohnmehrung wird kein Ausgleich für die wucherischen Lebensmittelpreise geschaffen.“

Aus der Versammlung heraus wurde beantragt, die Leistungen der Bergarbeiterverbände sollten einen „Gauerdurchschnittslohn von 15 Mark und eine entsprechende Erhöhung der Schichtlöhne“ fordern. Dieser Antrag wurde durch Versammlungsbeschluss den Verbandsleistungen als Material für ihre Lohnneigabe überwiesen. Einstimmig angenommen wurde folgender, aus der Versammlung heraus gestellter Antrag:

„Die Versammlung ist der Ansicht, daß in der jetzigen Zeit die Gebindepreise für Kohle- und Gesteinskohle nicht mehr unter 12,50 Mark pro Schicht stehen dürfen, und daß die Schichtlöhne allgemein für Unterlags- und für Overtagsarbeiter um 25 Prozent erhöht werden müssen. Die Versammlung fordert die Bergarbeiterorganisationen auf, diese Lohnforderung in geeigneter Weise geltend zu machen.“

Wour Kameraden Kauer wurde folgende Resolution gestellt und begründet:

„Die heutige Bergarbeiterversammlung ist vollständig einverstanden mit dem Beschluß der Reichstagsmehrheit für einen Verständigungsfrieden und fordert die Reichsvertreter auf, ihre Forderungen zum Wohle der Menschheit euerichtig zu verfolgen. Die Versammlung spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die von der Reichsregierung versprochenen demokratischen Reformen unserer Reichs- und Staatsverfassung nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden. Die Bergarbeiter haben ein ganz besonderes Interesse an der sofortigen Durchführung der in den königlichen Erlassen beschriebenen Wahlrechtsreform in Preußen, weil hauptsächlich von den Beschäftigten des preussischen Landtages die Vertretlichkeit der schon seit Jahrzehnten gestellten Bergarbeitersforderung abhängt. Die Versammlung verpflichtet sich, im Sinne dieses Antrages zu arbeiten.“

Bei der Abstimmung erhob sich auch nicht eine Hand für den Gewaltfrieden, die Resolution wurde von der Massenversammlung einstimmig angenommen!

Darauf schloß der Versammlungsleiter, Kamerad P i e d e r s, nach einigen anfeuernden Worten, womit er auf die Notwendigkeit einer starken Bergarbeiterorganisation hinwies, die demwürdige Massenversammlung. Wer ihr aufmerksam beigewohnt hat, kann über die in den Bergarbeitermassen herrschende Stimmung nicht im Zweifel sein.

Hebung der Förderung.

Das ist jetzt eine brennende Frage, die auch in einer Besprechung der Organisationsvertreter mit dem Generallieutenant Greener am 19. Juli behandelt wurde. Neben der Anstellung von Förderaufsehern, die für die Anlieferung von Wagen und Material verantwortlich sind, wurde dort vorge schlagen, den Grubenbesitzern die Schaffung kleinerer Steigerreviere zu empfehlen. Wir haben auf diesbezügliche Anfragen schon in Nr. 32 der „Bergarb.-Ztg.“ mitgeteilt, daß der letzte Vorschlag nicht von unserem Verbandsvertreter gemacht wurde, auch ist darüber vorher nicht gesprochen worden. Natürlich können wir nur für das einstehen, was entweder von uns ausging, oder worüber vorher eine Verständigung erfolgt ist.

Der erste Vorschlag ist lediglich eine Folge der unaufhörlichen Beschwerden über Wagen- und Materialmangel. Was nicht ein gutes Beding, wenn es infolge Wagen- und Materialmangel nicht ausgenutzt werden kann! So lagern die Arbeiter und das ist richtig. Besonders die abgelegenen Steigerreviere werden da in Mitleidenschaft gezogen, weil in den näher am Schacht belegenen Steigerrevieren „alles hängen“ bleibt. Sicher könnte da durch Förderaufseher, die für die Anlieferung verantwortlich sind, ein besserer Ausgleich geschaffen werden. Die

Grundursachen des Mangels können natürlich auch sie nicht beheben.

Von einer Verkleinerung der Steigerreviere versprechen wir uns nichts, weil wir aus eigener Erfahrung wissen, daß es nur in Ausnahmefällen auf guten Willen der Arbeiter liegt.

Die Verkleinerung der Steigerreviere würde den Beamten eine schärfere Beaufsichtigung ermöglichen. Aber was nützt das, wenn die allgemeinen Voraussetzungen fehlen, z. B. ausreichende Ernährung, Leistungsfähigkeit, Ausbildung, Gedinge, Arbeitsfreudigkeit, Bewetterung, gutes Geschick, gute Strecken und Geleise, genügend Wagen, Holz und sonstiges Material?

Bei Kriegsbeginn hatten wir in den Hauptbergbaubezirken Preußens eine verhältnismäßig gut ausgebildete Gesamtbelegschaft von 767 177. Davon waren 2205 Arbeiterinnen und 31 290 jugendliche Arbeiter, das sind zusammen 33 495.

Am 1. Vierteljahr 1917 betrug die Gesamtbelegschaft 593 722. Davon waren 40 842 Arbeiterinnen und 41 197 jugendliche Arbeiter, das sind zusammen 82 039. Der prozentuale Anteil der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter an der Gesamtbelegschaft ist gestiegen von 5,02 auf 13,82 Prozent.

Bei Kriegsbeginn hatten wir in den Hauptbergbaubezirken Preußens eine verhältnismäßig gut ausgebildete Gesamtbelegschaft von 767 177. Davon waren 2205 Arbeiterinnen und 31 290 jugendliche Arbeiter, das sind zusammen 33 495.

Aber es scheint, daß die verantwortlichen Stellen sich von der Ansicht leiten lassen, daß es hauptsächlich auf die Zahl ankomme. Anders lassen sich viele Entlassungen vom Heeresdienst zur Bergarbeit gar nicht erklären.

Wer die Förderung heben will, muß vor allen Dingen dafür sorgen, daß auch Arbeitsfreudigkeit besteht. Arbeitsfreudigkeit ist über die größten Schwierigkeiten und Semmisse hinweg, Arbeitslust und Verdrossenheit aber wirken hemmend und schaffen Semmisse, wo keine sind.

Wer die Förderung heben will, muß vor allen Dingen dafür sorgen, daß auch Arbeitsfreudigkeit besteht.

derart gelebt, daß kein ausreichender Lohn verdient werden kann und die Arbeiter auf das Wohlwollen der Beamten angewiesen sind. Wo man auch nur hinkommt und Bergleute nach ihren Bedingungen verhalten, hört man, wie „hängen in der Feder,“ oder „man hat uns in der Feder“, d. h. auf das gefesselte Gedinge ist kein ausreichender Lohn zu verdienen.

Selbstverständlich ist das alles nur geeignet, die Arbeitslust und Verdrossenheit zu steigern und die Arbeitsfreudigkeit zu lähmen. Hinzu kommen noch schlechtes Geschick, schlechte Strecken, Geleise und Bewetterung, Wagenmangel, Materialmangel usw. Die Schwierigkeiten sind außerordentlich gewachsen, das Geschick ist immer schlechter geworden, ebenso Strecken, Geleise und Bewetterung, weil keine ausreichenden Reparaturen gemacht wurden.

Nach das schlechte Geschick beeinträchtigt die Leistung ganz außerordentlich. Da hat nun eine Kameradschaft mit vieler Mühe die entsprechende Zahl Schiffe gebohrt, und wenn alles klappt, wird eine gute Leistung und ein ausreichender Lohn erzielt.

Dieses schlechte Geschick beeinträchtigt aber nicht nur die Leistung ganz außerordentlich, sondern bildet auch eine störende Gefahrenquelle. Mag der Ortsstöß beim Abbruch auch rein gewesener sein, während der Schuß ausbricht, können sich Schlagwetter ansammeln und zur Explosion kommen.

In allen diesen und anderen Fragen Wandel zu schaffen, ist nicht leicht, dazu ist zu viel verkannt, zuviel verfahren. Aber es ist notwendig, gründlich Wandel zu schaffen, wenn eine Steigung und dauernde Sicherstellung der Förderung eintreten soll.

Wer die Förderung heben will, muß vor allen Dingen dafür sorgen, daß auch Arbeitsfreudigkeit besteht. Arbeitsfreudigkeit ist über die größten Schwierigkeiten und Semmisse hinweg, Arbeitslust und Verdrossenheit aber wirken hemmend und schaffen Semmisse, wo keine sind.

An die Arbeiterauschüsse der Ruhrzechen!

Die Vorstände der vier Bergarbeiterverbände hielten am 10. d. Mts. eine gemeinsame Besprechung ab, um zu den von einer Anzahl Arbeiterauschüsse und Bergarbeiterversammlungen erhobenen Lohnforderungen Stellung zu nehmen.

1. der Lohn für Gauer und Lehrhauer pro Schicht nicht unter 12 Mark, ausschließlich Kinder- und etwaigen anderen Teuerungszulagen, beträgt;
2. die Schichtlöhne für erwachsene männliche Arbeiter um 1 Mark, für erwachsene weibliche Arbeiter um 75 Pf. und für jugendliche um 50 Pf. erhöht werden;
3. die jetzt gezahlten Kinderzulagen überall verdoppelt werden.

Die Verbandsvorstände sehen gegenwärtig davon ab, vorgenannte Forderungen in einer Eingabe an die Organisation der Zechenbesitzer zu vertreten, da diese es erfahrungsgemäß leichter immer noch ablehnt, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln.

Mit Glückauf!
Die Verbandsvorstände.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Wichtige Aufgaben in der Ernährungsfrage
Kehren ihrer Erfüllung durch die von neuen Männern geleiteten Reichshellen. Der Präsident von Waldbow, der das mit dem preussischen Ernährungsministerium vereinigte Kriegsernährungsamt übernimmt, wird einwandfreie Unterlagen für die künftige Versorgung mit Lebensmittel für selbstverständlich halten und sich deshalb in Kürze darüber verweisen, wo die ungefähre 7 Millionen Schweine und die 20 Millionen Doppelpolentner Brotgetreide des abgelaufenen Wirtschaftsjahres geblieben sind, über deren Verbleib bisher jeder Nachweis fehlt.

Luzus und Bedürfnis
Aus der neuesten Veröffentlichung der Reichsberufungsstelle erfährt man mit Staunen, daß den Bergarbeitern, die sich durch freiwillige Aufgabe von Arbeitsstunden gewisse Vorrechte verschaffen können, in den letzten 5 Monaten des laufenden Jahres Luzuszuschüsse nur für 10 000 000 Reichsmark und 2 vollständige Angule bzw. für 10 000 000 Reichsmark und 2 Morgenröde und zwei Waschblusen ausgezahlt werden können.

An die Brüder daheim!

Ihr Brüder daheim, laßt nicht es geschehn,
Daß unsre Werte in Trümmer gehn!
Mögen auch drohen der Stürme viel,
Denk immer an unsrer erhab'nes Ziel,
Und bräuden die Wege auch mid ungar,
Ihr Brüder daheim — waukt nimmermehr!

So mancher Kämpfer saß in den Staub
Und wurde des abend's Bestimmung's Raub,
Er kann nicht mehr rühren die fleißige Hand,
Auch still und friedlich im fernsten Land,
Kollegen daheim — o denkt daran,
Und seid auf dem Weite alle Mann!

Manch jäwerner Kampf noch unzer harri
In der Zukunft! Drum steht in der Gegenwart
Müht alle und seid bereit!
In dieser ernsten und harten Zeit
Möge ein jeder das Seine tun —
Seiner darf rajen — keiner darf ruhn!

Drum frisch an die Arbeit — zur Cure Müd',
Dort, was ein kühner und auch spricht:
Nähert die Hände alle gutreich,
Die Wiederkehrenden — die danken euch!
Ihr müht wie wir, zusammenstehn,
Unser Werk darf nicht in Trümmer gehn!

(H. Hammer, zurzeit im Felde, im Verbandsorgan der Väter und Söhne.)

Bücher und Schriften.

Völkerrechtsgeist.
Der bekannte Soziologe Dr. Hugo Sinzheimer hat in der Gründungssammlung der Zeitschrift Völkerrecht am 3. Dezember 1916 eine Rede gehalten, die inzwischen auch im Buchform erschienen ist und die weiteste Verbreitung verdient. Sinzheimer legt dar, daß die Beziehungen zwischen den Völkern wie zwischen den Einzelpersonen einer ethischen und rechtlichen Grundlage bedürfen, sollen sie von Bestand und Dauer sein. Das Sittengesetz muß nicht nur das Verhältnis der einzelnen Völker, sondern auch das der Staaten zu einander bestimmen, weil sie voneinander abhängen und die einzelnen Völker. Diese Grundanschauung geht von Tatsachen aus, die scheinbar unüberwindbar scheinen.

Die erste Tatsache ist, daß auch der Staat ein soziales Wesen ist, seine nach außen abgegrenzte Sonderexistenz führt, sondern unter Staaten lebt, auf die er einwirkt und die auf ihn einwirken. Es besteht eine tatsächliche Abhängigkeit der Staaten voneinander, wie auch unter den einzelnen Menschen. Sie bilden eine Gemeinschaft, deren Einfluß sie sich nicht entziehen wollen und können. Die Normen des eigenen staatlichen Handelns sollen danach festzulegen sein, daß sie alle allgemeine Normen für alle Staaten gelten können, aber kein Staat soll einem anderen Staat zufügen, was er nicht selbst erdulden will.

Die zweite Tatsache ist, daß der Staat den Grund seines Daseins nicht in sich selbst, sondern in den einzelnen Menschen trägt, aus denen

er besteht, folglich auch nicht seiner selbst, sondern der Menschen willen da ist, die in ihm leben und leben werden. Daraus folgt, daß der Staat den individuellen Lebenswillen der Einzelnen nicht durchsetzen darf, was geschieht, wenn er Unrecht tut. Dann geht das Vertrauen in die Unverbrüchlichkeit des Gesetzes verloren, die unstillbaren Kräfte werden gehöhrt, die Verwirklichung der sittlichen Lebensziele der Einzelnen in Frage gestellt.

Die ethische Grundanschauung von dem Verhältnis der Staaten zueinander steht im Widerspruch zu der Auffassung, daß die Macht des Staates der Zweck des Staates sei und daß zur Erreichung dieses Zweckes jedes Mittel angewandt werden dürfe. Diese Auffassung spricht den Staat von jeder Bindung frei. Der Staat darf, ja muß tun, was seine Macht erhöht. Diese Auffassung dient keineswegs dauernd den Interessen, denen sie dienen soll. Mag diese Machtpolitik im Einzelfalle zu augenblicklichen Erfolgen führen und deswegen von der großen Masse derer begrüßt werden, die sich an das zitiert Echte und Leidensvollständige hält, in Wirklichkeit zerrütet sie die Quellen der Kraft, auf denen das staatliche Handeln beruht. Ein Staat, der sich von den Lebensgesetzen der Gemeinschaft losreißt, indem er nur sich gelten läßt, wird die Gemeinschaft gegen sich aufwiegen. Ebenso schadet sich der Staat, wenn er die Verbindung zwischen sich und den sittlichen Lebenszielen der Einzelnen durchschneidet. Dann nicht der Zweckmäßigkeit, sondern der sittliche Mensch ist die unendliche Quelle der staatlichen Kraft. Solches Menschentum zerschert der Staat, der nur den äußeren Erfolg zum Leitstern seines Handelns wählt.

Sinzheimer zeigt dann den Zusammenbruch der auf Gewalt gegründeten sogenannten Realpolitik und weist nach, daß nur ein festgelegter Ausbau des Völkerrechts Europa vor dem Untergang bewahren kann. Die ganze Rede zeichnet sich aus durch eine Fülle trefflicher, in beider Form zum Ausdruck gebrachter Gedanken. Besonders beachtlich für die Bergarbeiter ist, was Sinzheimer in diesem Zusammenhang über die innere Wahlverwandtschaft zwischen dem Geiste des Kapitalismus, wie er sich im Fortschritt äußert, und dem Geiste der nationalen Gewaltpolitik sagt. Wir lesen auf Seite 16 und 19:

„Das Herrtum in Europa“, das jede Verhandlung und Verständigung mit den Arbeiterorganisationen ablehnt und sicher den Kampf als das Wesen als den Fortschritt will, wurzelt im Grunde in der Unterwerfung des feindlichen Volkes unter den Willen des Siegers anstrebt. Der politische und wirtschaftliche Menschentum, der aus solcher Grundanschauung erwächst, ist in beiden Fällen der gleiche. Nur der eigene Staat und das eigene Ich gilt. Den fremden Interessen heft er, ohne den Willen, sie zu verstehen und zu achten, fast und gewaltsam gegenüber. Die Sorge um die Erfüllung geistiger Werte ist abgeworfen. Dieser Wirtschaftsgesetz hat gewiß großes Verbrechen. Er hat Reichthümer und wirtschaftliche Werte von ungeheurer Höhe geschaffen. So er aus der inneren Leben der Menschen erzieht und vertritt. Das wirtschaftliche Herrtum ist nicht nur eine Gefahr für die innere Kultur eines Volkes. Es schädigt auch den Geist, der in den Beziehungen der Völker untereinander herrschen sollte. Die wirtschaftliche Unterwerfung muß dienen lernen, der wirtschaftliche Zweck muß als ein Mittel für höhere Zwecke, in die er einzufließen ist, erkannt und organisiert werden — nur so können wir hoffen, daß der menschliche Geist und Willen Herr bleibt über die wirtschaftsgerichtete

faun doch kein natürliches Rechtsgesetz und Rechtsbewußtsein besitzen, und folglich auch nicht den Willen, fremde Interessen zu verstehen und zu achten. Dieses Herrtum nimmt z. B. als selbstverständlich in Anspruch, daß keine Organisationen anerkannt werden, verjagt aber den Arbeiterorganisationen ebenso selbstverständlich diese Anerkennung. Hier zeigt sich ein grundsätzlicher Mangel im sittlichen Denken und Handeln, der naturgemäß auch bei der sonstigen Betätigung in Erscheinung treten muß.

Warismus, Krieg und Internationale.
Am Verlag von J. F. W. Neumann, Neudamm, G. m. b. H. in Stuttgart ist eben erschienen: **Warismus, Krieg und Internationale**, kritische Studien über offene Probleme des wissenschaftlichen und des praktischen Sozialismus in und nach dem Weltkrieg. Von Dr. Karl Renner, Mitglied des österreichischen Reichsrats, XII und 354 Seiten. 50. Band der Internationalen Bibliothek. Preis broschiert 4 Mark, gebunden 5 Mark.

Der Verfasser widmet diese Schrift seinem Freunde Otto Bauer, dem bekannten, in russische Kriegsgefangenschaft geratenen österreichischen Reichsratsmitglied.
Aus dem Inhalt heben wir hervor: **Erster Teil: Die neue Gesellschaft.** 1. Gesellschaftliche und politische Umwälzung. — 2. Der Wandel der sozialen Grundverhältnisse. — 3. Der Wandel in der Klassenstruktur und im Klassenkampf. — 4. Die Zusammenfassung der durch die wirtschaftliche Deflation im Wirtschaftskreislauf. — Zweiter Teil: **Der neue Staat.** 5. Der Staat des Imperialismus. — 6. Arbeiterbewegung und Internationale. Die Einheit der Bewegung. — 7. Die Gegenwärtigkeit der Bewegung. — 8. Der Kampf der Wirtschaftskräfte und der Weltkrieg. — 9. Möglichkeiten und Wirklichkeiten der neuen Revolution. — 10. Wiederherstellung des Völkerrechts. Sein Ausbau zur Organisation der Welt. — Dritter Teil: **Neue Aufgaben des Sozialismus.** — 11. Kritik und Probleme des internationalen Sozialismus. — 12. Sozialistische Imperialismus? — 13. Sozialpatriotismus oder Internationalismus? — 14. Zur Redeförderung des russischen Völkertums. In der Vorrede heißt es unter anderem: „Gestern wurden die Sünden aus der lebensfähigen Empfindung des geistigen Weltrechts, in dem die Arbeiterklasse der Welt durch den Krieg verurteilt worden ist, und aus der unerschütterlichen Überzeugung, daß die einzig und allein marxistische Methode lösbar ist, können diese Aufgaben gestellt sein, aufzurufen! Den Leser jedoch, der nicht als Theoretiker an das Buch herantritt, soll die vorläufige, nicht abschließende Darstellung über den ganzen Umfang der in der Sozialdemokratie durch den Krieg aufgeworfenen Probleme orientieren.“

Lehrgang der vereinfachten Kurzschrift.
Lehrgang zur selbständigen Erlernung der vereinfachten deutschen Stenographie (Einklings-System) (Stolze Schrift), bearbeitet von Paul Fritsch, herausgegeben vom Arbeiter-Ernährungs-Verein, Stolze-Schule, Groß-Becklin. Verlag: Fritz Schläpfer, Berlin N., Rosenstraße 23, 1917, 42 Seiten, Preis 75 Pf.

dem Berliner Westen und anderen „besseren“ deutschen Stadtbezirken ist sehr reichlich sein. Aber es ist durchaus in der Ordnung, daß in derselben Zeit, wo dem einen jedes Taschentücher, 4 Paar Strümpfe und ein Wert- und Sonntagsgang zugebilligt werden, andere die Möglichkeit erhalten, sich entsprechend besser und abwechslungsreicher zu kleiden. Geschiehe das nicht, dann würde jeder Standesunterschied verschwinden, Verwechslungen wären bald gar nicht mehr zu vermeiden, und der Wille zum Durchhalten könnte eine unerwünschte Schwächung erfahren.

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.
Angestelltenversicherung im Jahre 1916.

Nach dem Geschäftsbericht der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte für das Jahr 1916 waren Ende 1916 vorhanden 1 978 583 versicherte Angestellte, die von 352 748 Arbeitgebern angemeldet waren. Die Zahl der Anträge auf Versicherung von der Versicherungspflicht macht fortgesetzt. Im Jahre 1916 gingen 12 860 ein. Zum guten Teil sind es Angestellte von Gemeinden, Kriegsbeschädigte, die sich wieder einer bürgerlichen Beschäftigung zugewandt haben, Witwen von Kriegsbeschädigten usw. Der Rentenausgleich hält die Beiträge von Kriegsbeschädigten auf Grund ihrer Militärentgelt für deren Dauer für zulässig. Die Abführung der Beiträge durch Nachzahlung von Beiträgen ist im Jahre 1916 von 910 Versicherern beantragt worden, und wurde in 549 Fällen durchgeführt. Es wurden in diesen Fällen 500 455 Mark nachgezahlt, so daß auf den einzelnen Versicherer eine Einzahlung von 928 Mark entfällt. Von Angestellten selbst gingen 981 Anträge und Anfragen auf Versicherung von der eigenen Beitragsleistung auf Grund von Lebens- und ähnlichen Versicherungen ein. Die Zahl der Ausgeschlossenen für Versicherungsarten hat sich im ganzen Reichsgebiet auf 35 000 erhöht. Seit Beilegen der Versicherung sind den Angestellten im ganzen 67 991 Mark an Vergütungen gezahlt worden.

Im Jahre 1916 wurden 210 063 Versicherte neu aufgenommen. Darunter befinden sich 120 000 weibliche. Bei den Männern ist ein erheblicher Zugang in den höheren Altersjahren bemerkenswert. Interessant sind folgende Berechnungen: Das Durchschnittsalter einer neu zugegangenen männlichen Person beträgt 35,50 Jahre, das einer weiblichen 32,00 Jahre. Für 343 514 Angestellte wurden Stellenwechsel gemeldet, für rund 10 Prozent der Versicherten eine Erhöhung der Gehaltsklasse. Im Jahre 1916 kamen 24 000 neue Arbeitgeber zur Anmeldung. Insgesamt wurden von 198 588 Arbeitgebern 118 Millionen Mark Beiträge eingezahlt. Für Kriegsbeschädigte, denen nach einer später herausgekommenen Verordnung die Dienstzeit als Beitragszeit angerechnet wird, wurden 772 101 Mark Beiträge zurückgezahlt. Die Beibringung der Beiträge (Zwangsvorfahren usw.) nimmt immer mehr Arbeit in Anspruch.

Leistungen werden bekanntlich im allgemeinen noch nicht gewährt. Infolge der Abführung der Beiträge erhielten aber im Berichtsjahr 9 Versicherte Ruhegehälter im Betrage von 2 bis 75 Mark monatlich zugewilligt. „Leibrenten“ nach § 68 des Gesetzes wurden 373 bewilligt. Ihr Durchschnittsbetrag war 6,84 Mark jährlich. Es handelt sich hierbei nur um weibliche Personen, die aus der Versicherungsspflicht auscheiden und die Versicherung nicht freiwillig fortsetzen wollen. Auf Grund des § 208 des Angestelltenversicherungsgesetzes wurden auf 6004 Anträge insgesamt 1 050 297 Mark Beiträge zurückgezahlt.

Es handelt sich dabei um Rückzahlungen für Versicherte an deren Angehörige. Anträge auf Selbstversicherungen wurden 2184 gestellt, davon 16 804 bewilligt, wodurch 7 1/2 Millionen Mark Kosten entstanden.

Im allgemeinen zeigt der Bericht, welcher schwerfällig und unverständliche Apparat die Angestelltenversicherung ist. Sie sollte wirklich vereinfacht und mit der Sozialversicherung verschmolzen werden. Im Jahre 1916 erforderte die Verwaltung rund 6 Millionen Mark Ausgabe.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Wüste Preistreibererei auf dem Kohlenmarkt

berzärt folgende Mitteilung der „Sächsischen Volkszeitung“ (Nr. 612) aus Süddeutschland:

„Über die Verminderung in den Kohlenpreisen haben wir schon in unserem vorigen Bericht (S. 573) gesprochen. Wie dort bemerkt worden ist, hat nur Baden Höchstpreise eingeführt. Es ist bezeichnend, daß wir bei der Heberlei von „Stellen“ noch keine allgemeine Preisregelung haben, wo doch gerade bei dem jetzigen Geiz des Kohlenverbrauches eine solche Regelung leichter ist, als auf dem weichen anderen Marktgebieten. Unter anderem, wie 300 Mark bei einem Wagen Kohle, hielten doch nicht möglich sein. Aber auch die Preise der geringsten Sorten, wie Schlammkohlen (!) usw., steigen jetzt um 40—50 Mark.“

Unterschiede von „300 Mark bei einem Wagen Kohle“ (etwa ein Doppelwagen mit 20 Tonnen?) — sind die denn möglich bei „den mäßigen Höchstpreisen“ und den „geringen Gewinnen“, von denen die Bergarbeiter stets zu hören bekommen, wenn sie Lohnforderungen stellen? Die Preise für — Schlammkohlen — steigen jetzt um 40—50 Mark! Den Bergleuten wird gesagt, daß die Kohlenpreise nicht erhöht werden können, keine Lohnerhöhung gegeben werden! Demgegenüber steigen die Preise schon selbst für die minderwertigste Kohle „um 40—50 Mark“. Das ganze Kohlengeschäft, auch die Preisfestsetzung im Kleinhandel, wird beherrscht von den Grubenbesitzerverbänden. Doch im Hinblick auf die höheren Erlöse, nach Abzug der Händlerprovision, die gleichfalls von den Grubenbesitzern bzw. ihren Handelsgesellschaften festgesetzt werden. Also die Verminderung in den Kohlenpreisen ist so groß, daß Preisunterschiede von „300 Mark bei einem Wagen Kohle“ vorkommen und selbst für elende Schlammkohlen nun Apothekerpreise gezahlt werden. Man würde sich den Verbrauchern gesagt, diese gewaltige Preissteigerung käme her von der „Erhöhung der Selbstkosten“ und „hauptsächlich von den dauernd steigenden Arbeiterlöhnen“. Letzten Endes gilt der Bergarbeiter, der die „kolossalen Löhne bekommt“, als der Schuldige für die wüste Preistreibererei! Das ist ein unerträglich Zustand!

Genanntes Blatt (Nr. 615) bringt noch eine sehr auffällende Meldung. Sie lautet wörtlich:

„Der Beauftragte des Kriegsministeriums beim Deutschen Stahlbund richtete jedoch an die Mitglieder dieses Bundes ein Schreiben. Danach hat die Kriegswirtschafts-Abteilung beauftragt, bei den hauptsächlichsten Verbrauchern nachzufragen, um den Umfang der angekauften Vorräte von Stahl- und Formeisen festzustellen. Der Anfang wurde in diesen Tagen bei größeren Konstruktionswerkstätten Rheinlands und Westfalens gemacht und dabei festgestellt, daß außerordentlich große Mengen von Formeisen, Stabeisen und Blechen, die den Bedarf dieser Betriebe für viele Monate decken würde, der Menge nach für fünf Monate, vollständig bereit, vorhanden sind. Die Kriegswirtschafts-Abteilung werde die Angelegenheit weiter prüfen und teils stellen lassen, auf welche Weise es möglich bringen sei, bei den gleichzeitigen Schwierigkeiten, für andere ebenfalls dringende Zwecke die gleichen Stoffe aufzubehalten, solche Mengen von Formeisen, Stabeisen und Blechen aufzubehalten. Maßnahmen wegen fünfjähriger Vorräte solcher Läden in der Organisation seien zu erörtern.“

Auch eine reizende Geschichte: Eine große Menge Gewerbetreibender, die nicht zu der vorangewiesenen kriegswichtigen Industrie gehören, bemühen sich vergeblich um den Einkauf von Eisen und Stahl für Weiterverarbeitung. Sie können nichts bekommen, weil „nichts da ist“ oder „alles vom Militär bestellt ist“. Die Stahnerwerksbetreiber klagen über Arbeitermangel, der sie hindere, die notwendigen Ersatzmengen herzustellen, und fordern Freigabe weiterer Arbeitskräfte vom Militär. Und nun stellt das Kriegsministerium schon bei einer ersten Untersuchung fest, daß bei größeren Betrieben in Rheinland und Westfalen „außerordentlich große Mengen von Formeisen, Stabeisen und Blechen“ Vorräte für Monate, lagern!!!

Weber in den reichsamtlichen Verwaltungs- und Kontrollstellen für Kohlen, Holz und Zement noch in den reichsamtlichen Kriegswirtschaftlichen Organisationen für Eisen, Stahl und sonstige Metalle sind Vertreter der Arbeiterorganisationen als Beiräte tätig. Sondern, außer den Reichsangehörigen, nur Unternehmervertreter. Glaube man auf diese Weise das Vertrauen der Arbeiter und des Publikums überhaupt zu jenen „Stellen“ zu erhöhen?

Die Gewinne in Ruhrbergbau steigen!

In der Nr. 170 der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 24. Juli wird in einer Uebersicht über den Ruhrkohlenmarkt gesagt: „Die In-

forderungen an den Markt sind noch nie so stark gewesen, wie in den letzten Wochen.“ Ueber die finanziellen Ergebnisse für die Zeiten sagt das Blatt: „Die Zeiten sehen bekanntlich bis auf weiteres davon ab, vierteljährlich Betriebsausweise zu geben. Es ist aber festzustellen, daß infolge der Vermehrung der Belegschaften, dem vermehrten Versand und der Aufbesserung der Verkaufspreise mit Wirkung ab 1. Mai d. J., der Ausfall in den Erträgen, wie er in den ersten Monaten des laufenden Jahres zu verzeichnen gewesen ist zum größten Teil bereits wieder eingeholt werden konnte. Infolgedessen ist bei einer Reihe von Gesellschaften nicht allein für das erste Halbjahr ein Ueberschuß in der Höhe der Vergleichszeit des Vorjahres, sondern noch darüber hinaus zu verzeichnen. Die Ausbeuten werden so ziemlich die gleichen wie für das erste Vierteljahr bleiben, vereinzelt ist eine Erhöhung in Aussicht genommen.“

Wenn die Vergleiche bessere Bezahlung verlangen, die mit der Teuerung einermäßen in Einklang steht, dann wird über den Rückgang der Gewinne sehr geklagt. Jetzt hört man mal etwas anderes, was der Wahrheit näher kommt. Jedenfalls werden wir uns dieses Eingeständnis merken müssen!

Weiter steigende Wertsüberschüsse.

Bei der Bochumer Bergwerks-A.G. (Zechen-Präsident) belief sich der Betriebsüberschuß im 1. Halbjahr 1917 auf 582 584 Mark gegen 210 699 Mark im gleichen Zeitraum 1916. — Der Bochumer Verein für Bergbau- und Gußstahlfabrikation erzielte:

	Rohgewinn	Verteilter Ueberschuß	Dividende
1911/12	6,50 Mill. Mark	4,20 Mill. Mark	14 Prozent
1913/14	9,80 Mill. Mark	3,60 Mill. Mark	10 Prozent
1915/16	22,60 Mill. Mark	9,00 Mill. Mark	27 Prozent
1916/17	22,90 Mill. Mark	9,00 Mill. Mark	27 Prozent

Die Dividende ist also, nach außerordentlich hohen Abschreibungen (1916/17: 5,33 Mill. Mark), im letzten Geschäftsjahr 150 Prozent höher gewesen als im letzten Friedensjahr.

Monopolisierung des Kohlenhandels.

Die Hamburger Großkohlenfirma Otto A. Müller ist durch die Firma Thyssen u. Co. in Wülshelm an der Ruhr unter Uebernahme der Dampfer des Unternehmens erworben worden. Als Preis werden mehrere Millionen Mark genannt. — Wie erinnerlich, ging kürzlich eine andere Hamburger Kohlenfirma, S. W. Heilmann, in die Hände des Großindustriellen Siemens über, nachdem dieser kurz vorher schon die Kohlenfirma Weisbach u. Co. in Hamburg angekauft hatte.

Internationale Rundschau.

Gährung in der britischen Arbeiterkammer.

Allmählich kommen immer mehr Nachrichten aus England, die besagen, daß die Arbeiterkammer die Welt über die wahre Stimmung in der britischen Arbeiterkammer offenlegen will. Nach diesen Berichten scheint es, als würde so ja, wie die gesamte britische Arbeiterkammer immer noch hinter der kriegsverlängernden Regierungspolitik. In Wirklichkeit sind die Dinge bereits soweit gekommen, daß der einst durchaus vollstimmige Beiratsminister Lloyd George sich mit einer bewaffneten Schutzmacht umgeben mußte, als er kürzlich eine Propagandareise in die mitleren und nördlichen Industriebezirke unternahm. Auch die Streiks haben in England seit Jahresbeginn einen solchen Umfang angenommen, daß regierungstreu acht Untersuchungskommissionen eingesetzt wurden, aus deren Berichten nun Berichte bekannt werden. Daraus geht hervor, daß die Ursachen der Streiks folgende sind: Veränderte, d. h. erwiderte Stimmung der Arbeiter infolge der langen Kriegsdauer, stark sinkendes Vertrauen zur Regierung, grimmige Grütterei über die blutigen Kriege, Preistreiber auf den Lebensmittelmärkten, Erbitterung über die riesigen Kriegsgewinne der Großunternehmer, Erbitterung über die schroffe Handhabung der Munition-, Arbeitsmann-, Zensur-, und Verleugungsankläge, die die persönliche Freiheit der Arbeiter am meisten einschränken, sich gegen die gewerkschaftlichen Gebräuche und Abmachungen wenden, sie sogar vielfach gänzlich beseitigen haben! Weil trotzdem sehr viele Werkvereine immer noch mit in das Horn der Kriegstreiber bläuen, nicht die nötige Kritik an den behördlichen Maßnahmen gegen Arbeiterfreiheit und Vereinigungsrechte üben, ist ihr Einfluß und Wirken unter den Arbeitern stark gesunken. In verschiedenen Berufen und Regionen haben die Arbeiter schon die sich gegen einen Verhandlungsstreich erklärenden Gewerkschaftsführer beiseite geschoben, sich besondere Ausschüsse oder „Mäts“ (nach russischem Muster) gewählt. Diese Enttarnung der Arbeiterstimmung wird vorzüglich durch folgenden Satz aus dem Londoner Bericht bezeugt: „Es ist der Eindruck, daß die gebräuchlichen Typen unzulässig sind, patriotisch ist aber weniger, aber von Schritt zu Schritt wächst das Gefühl, daß die Arbeiter mehr Instrumente! als Mitglieder der Gemeinschaft sein sollen.“ Wenn dieses durchaus richtige Gefühl weiter wächst, dann wird wohl der Tag nicht fern sein, wo sich die britischen Arbeitermassen wieder frei machen von dem Einfluß der Kriegspolitiker, die angeblich alle nützlichen „Nationen befreien“ wollen, aber die Lohnarbeiter im eigenen Lande in härtere kapitalistische Sklaverei binden. Sollen dies die britischen Arbeitermassen ein, dann werden sie sich zunächst einmal selbst befreien müssen und damit ist auch Schluss mit dem wahnsinnigen Menschheitsgeschick.

Südwälder Bergarbeiterführer für Verständigungsfrieden.

James Wintner, der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes von Südwalden, verbandte am 5. Juli 1917 folgende Korrespondenz an die in Cardiff erscheinende „South Wales Daily News“: „Mit unaußersprechlicher Freude las ich Ihren ausgezeichneten Leitartikel von Donnerstag. Es scheint die beste Antwort zu sein auf die unklare Politik, die die sogenannten Führer der Demokratie auf der letzten Konferenz der Arbeitervertreter betreiben haben.“

Wenn englische und deutsche Delegierte im Saag zusammen beraten dürften über die Verbesserung der Lage der Gefangenen, warum sollten Vertreter der beiden Nationen nicht auch imstande sein, über den Frieden zu unterhandeln? Für eine Nation, die zu Tode verurteilt, sollte doch die Friedensfrage ebenso wichtig sein wie die Gefangenensfrage. Sie haben deshalb recht, Herr Redakteur, wenn Sie in Ihrem Leitartikel derartige Unterhandlungen befürworten. Bei der letzten Friedenskonferenz in Cardiff, in der ich den Vorsitz führte, wurde deutlich erklärt, daß wir keinen unangenehmen Frieden, keinen deutschen Frieden, sondern einen Völkervertrag und deshalb einen dauernden Frieden anstreben.

Die Arbeiter würden weiter handeln, wenn sie die ganze Lage auf neue in Erwägung ziehen und sich bemühen möchten, die Internationale wieder herzustellen und darauf zu setzen, daß die Mächte in Unterhandlungen miteinander eintriften, die die Ausrückung der Friedensbedingungen betreffen. Je eher die britischen Arbeiter und Friedensliebhaber mit den Arbeitern anderer Länder, einschließlich Deutschlands, in Verbindung treten, desto besser wird es sein für die Zukunft Vorkommnisse.“

Friedensuntergebung des Papstes.

Das Völkergeschick der Erzdiözese München-Freising veröffentlicht einen Aufruf des Papstes, der an den Kardinal-Staatssekretär Gaspari gerichtet ist. In dem Aufruf heißt es:

„Wir meinen den Völkern den einzigen Weg, mit Ehre und Nutzen für jedes einzelne ihre Streitigkeiten beizulegen, indem wir die Grundlinien vorseichnen, auf welche sich eine dauernde künftige Staatenordnung aufbauen müsse. Wir beschwören sie im Namen Gottes und der Menschlichkeit, den Gedanken an einen gegenseitigen Vernichtungskrieg aufzugeben und zu einem gerechten und billigen Vergleich zu kommen.“

Unsere jugendvolle Stimme, welche zur Beilegung des ungeheuren Weltkrieges, dieses Schicksals der Bevölkerung Europas, einblüht, blickt eher ungeklärt. Die frühe Ausrückung des sich greifenden Hasses der kriegführenden Völker drang noch höher, und der Krieg zog auch nach andere Länder in seinen schrecklichen Strudel mit hinein und verwickelte seine Verdammung und sein Verdoern.

Trodem wurde unser Vertrauen nicht gemindert, und unter unersprechlicher Qual unseres Herzens und unter den bittersten Tränen, die wir über die künftigen, auf die kriegführenden Völker gehäuften Leiden dieses entsetzlichen Krieges sturmes vergießen. Können wir forschen, daß der allüberwiegende Tag nicht mehr fern sein möge, an welchem die Menschheit über des nützlichen Vorgesicht sich wieder als Brüder betrachten. Die unerträglich gewordenen Leiden der Völker beachten von selbst das nützliche Bedenken nach Frieden zum Ausbruch. Möge der göttliche Erlöser in der unbegrenzten Güte seines Herzens betreiben, daß auch in den Herzen der Regierenden die Klatschläge zur

Nachgiebigkeit obliegen und daß sie, ihrer eigenen Verantwortlichkeit vor Gott und der Menschheit sich bewußt, der Stimme der Völker nach Frieden sich nicht widersehen.

Benedictus Ep. T. XV.“

Der Papst tritt danach ebenfalls für einen Verständigungsfrieden ein, sieht mithin im schärfsten Gegensatz zu denen, die noch einen Gewaltfrieden wollen.

Einberufung der Internationalen Gewerkschaftskonferenz.

Das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes beauftragt, gemäß der von der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Stockholm (Juni 1917) beschlossenen Einladung eine Internationale Gewerkschaftskonferenz zum 1. Oktober 1917 nach Bern ein. Das Einladungs-schreiben, an sämtliche dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossene Landeszentralen gerichtet, lautet:

„Werle Genossen! Es ist leider eine Tatsache, daß die Beziehungen der Gewerkschaftszentralen der verschiedenen Länder zu einander seit Ausbruch des Krieges sich sehr gelockert haben, was insbesondere im Hinblick auf die gemeinsamen Interessen der Arbeiter aller Länder sehr zu bedauern ist.“

Doch jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo ein gemeinsames Handeln der Gewerkschaften aller Länder mehr denn je geboten erscheint. Das haben die Glieder des Internationalen Gewerkschaftsbundes denn auch eingesehen.

Das Einladungs-schreiben gibt sodann eine Uebersicht über die bisherigen Bemühungen und Schwierigkeiten, eine internationale gewerkschaftliche Konferenz zustande zu bringen, erstatet Bericht über die Stockholmer Konferenz vom 8. Juni und fährt dann fort:

Demgemäß laden wir alle gewerkschaftlichen Landeszentralen zu einer Internationalen Gewerkschaftskonferenz auf Montau, den 1. Oktober 1917, vormittags 10 Uhr, nach dem Volkshaus in Bern (Schweiz), Tagesordnung:

1. Konstitution und Sitz des I.-G.-B.
2. Die Anträge der internationalen Gewerkschaften zum Friedenskongreß.

Die Behandlung von politischen Fragen ist ausgeschlossen. Jedes Land kann bis zu 10 Delegierte entsenden, deren Namen wir uns baldmöglichst mitzuteilen bitten, doch hat jedes Land nur eine Stimme. In welcher Weise der erste Punkt der Tagesordnung erledigt wird, wissen wir nicht. Zur allgemeinen Orientierung gefastet wir uns aber, kurz anzudeuten, wie — nach mündlichem Bericht — die Konferenz generale du Travail über die Sache denkt. Der Sitz des I.-G.-B. soll nach einem neutralen Land verlegt werden. Es wird ein Exekutivkomitee gebildet, dem außer dem internationalen Sekretär Vertreter mehrerer (umliegender) Länder angehören. Das Exekutivkomitee wird von der Konferenz gewählt und hat deren Beschlüsse auszuführen und dem Sekretariat Direktiven zu geben.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung wollen wir uns nicht weiter auslassen. Das Ueber-Program und das Programm des I.-G.-B. sind Ihnen bekannt. Dazu gilt es Stellung zu nehmen. Anträge hierzu mögen an uns gerichtet werden, soweit man sie nicht direkt der Konferenz zu unterbreiten wünscht.

Wir sprechen wohl im Sinne aller Gewerkschafter, wenn wir sagen, daß die Stellungnahme zum Frieden für uns von weittragender Bedeutung ist. Daß es unbedingt notwendig ist, die Arbeiterkraft in allen Ländern mit den gewerkschaftlichen Forderungen für den Frieden vertraut zu machen, daß je imponanter die Konferenz sich gestaltet, je einmütiger der Wille des Proletariats der Kulturwelt dort zum Ausdruck kommt, um so energischer auch die Arbeitermassen hinter dem Programm stehen werden. Und dann kann kein Zweifel sein, daß die Regierungen nur dann unser Programm aufnehmen, es zu dem ihren machen werden, wenn die Massen der Arbeiter dahinter stehen. Wenn es diese vermögen, die Stimmen des profitorientierten Kapitals zum Schweigen zu bringen.

Darum auf gen Bern und willkommen in der friedlichen Schweizerstadt!

Mit internationalem Gruß

Der Präsident: Der Sekretär:
D. Schueberger. Karl Dürr.

Der internationale Gewerkschaftssekretär Legien unterstützt diese Einladung; er widerspricht zwar den Vorschlag, jetzt über eine Sitzsetzung des Internationalen Gewerkschaftsbüros zu entscheiden, will aber daran die Konferenz keinesfalls scheitern lassen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat die Einladung angenommen und in Gemeinschaft mit der Vorstandskonferenz die deutschen Vertreter bestimmt.

Weiterer Fortschritt der Gewerkschaften Hollands.

Die Mitgliederzahl der 36 der holländischen Zentralkommission angeschlossenen freien Gewerkschaften belief sich am 1. Juni auf 141 129, gegen 120 800 am 1. Januar 1917, 99 220 am 1. Januar 1916 und 87 678 am 1. September 1914. Der Minnerkerk s b u n d, der nach Kriegsausbruch auf fast 600 Mitglieder zurückging, zählte am 1. Juni 1917 wieder 2100 Mitglieder, was damit bedeutend stärker als vor dem Kriege.

Mißstände auf den Gruben.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Kaliwerk Walsenrode. Es fehlt hier stets an Wadewasser. Brausen sind da, aber Wasser nicht. Das ist unter den gegebenen Verhältnissen besonders schlimm. Die Gefangenen sind von den hiesigen Arbeitern nicht getrennt, an Seife fehlt es, aber nicht an Ungeziefer. Da läßt sich denken, wie der Wassermangel wirkt. Die Arbeiter wuschen sich Hände und Gesicht etwas und müssen sehen, wie sie zu Hause den Salzbrei vom Leibe bekommen. Der Arbeiterausschuß verfaßt gänzlich. Daran sind natürlich nur diejenigen schuld, die diesen Ausschuß gewählt haben. Wie die Wähler, so der Ausschuß. Diese Wähler haben es wirklich nicht besser verdient, zu belagern sind nur die anderen Arbeiter, die mit darunter leiden müssen. Es hat hier wirklich geackert, daß Pfund zu 2,60 Mark, welches von vielen Arbeitern nicht gekauft wurde, weil es zu teuer war. Diese erhielten dann keine Erbsen, Wobnen, Gruppen usw. mit dem Bemerken, sie sollten erst das Mißwachs nehmen, dann könnten sie die anderen Lebensmittel erhalten. Das alles und noch viel mehr muß sich eine zum großen Teil unorganisierte Belegschaft gefallen lassen. Wenn die organisierten Kameraden mit darunter leiden müssen, dann mögen sie sich dafür bei den unorganisierten Arbeitern bedanken.

Saargebiet und Reichslande.

Grube Langenberg. Fortgesetzt gehen uns Beschwerden zu über den Betriebsführer dieser Gruppe gehörigen Grube. Nach diesen Beschwerden eignet sich Herr Kainer durchaus nicht für diesen Posten, dazu gehört unseres Erachtens mehr, als die Arbeiter in grober und beleidigender Weise anzufahren. Wer glaubt, sich auf diese Weise Achtung verschaffen zu können, bereitet schon eine geringe Eignung. Wirkliche Autorität verschafft sich Achtung durch Achtung, eingebildete wirkt lächerlich oder verbitternd, je nach dem sie sich geltend zu machen sucht. Wir hegen die Erwartung, daß die verantwortlichen Stellen hier einmal nach dem Rechten sehen. Das ist notwendig, denn — Herr Kainer hat jede Kritik in der Zeitung streng verboten und will „den Reel“ den Artikelschreiber „hinausschmeißen“. Es wird danach die höchste Zeit, daß Veruhigung eintritt. Es ist auch notwendig, daß die Löhne mit den Löhnen der Nachbargrube mindestens gleich gebracht werden. Der Durchschnittslohn der Dauer stand im Juni auf Langenberg um 2 Mark niedriger, wie auf der Nachbargrube. Woran liegt das? Kann die mit riesigen Kriegsgewinnen arbeitende Kanonenfirma Gruppe nicht wenigstens die gleichen Löhne zahlen, wie die Nachbargrube? Warum geht Langenberg nicht mit entsprechenden Gehaltserhöhungen vor, damit die Arbeiter ausreichende Löhne verdienen können. Ist es denn notwendig, immer nachzuhinken? Warum wird z. B. auch das Holzlegen in den Feileren nicht bezahlt? Warum wird das Stempeln von ungenutzten Stempeln außerhalb des Pfeilers mit 50 Pfg., auf anderen Gruben mit 1 Mark bezahlt. Für Holzlegen im Abbau gibt es nur 3 Mark. Heute, die von morgens 6 bis abends 9 Uhr über Tage arbeiten, erhalten 1 1/2, die Sonntags von 6 bis 6 Uhr arbeiten, 1 Schicht.

Wirtschaftsriedliche Schwäbereien.

Auf seinem von über 200 Bevollmächtigten besuchten Vertretertag zu Dortmund am 5. August 1917 hat der Verband der wirtschaftsriedlichen nationalen Arbeitervereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet einstimmig eine Entschiedenheit angenommen, wonach

